

Mit Monika Feldner Zimmermann im Studio, guten Abend.

Der Tod von Yevgeny Prigoshin gestern bei einem Flugzeugabsturz ist noch nicht bestätigt, gilt aber als sehr wahrscheinlich.

In Griechenland machen Brände, einigen Regionen schwer zu schaffen.

Eine Leistungspflicht bei Deutschkursen für Zuwanderer will Integrationsministerin Susanne Raab.

Auf der Suche nach Lehrpersonal ist Veradelberg mit einem Premium-Modell erfolgreich.

Die Banken wollen höhere Gebühren verlangen dürfen, wenn Kunden fix verzinste Kredite vorzeitig zurückzahlen.

Und was können sogenannte Hauterkennungs-Apps bei der Früherkennung von Hautkrebs?

Das Journalpanorama führt uns heute in die Heimat der Mundharmoniker ins Deutsche Klingental.

Den Anfang macht nun aber Daniel Stanker mit der Wetterprognose.

Sonnig heiß und drückend schwül geht's auch jetzt am Abend weiter.

Nur vereinzelt gehen noch Schauer und Gewitter nieder, aktuell etwa in Osterol und in Oberkärnten.

Die Nacht wird dann meistens ruhig.

Morgen der Freitag bringt uns wieder einiges an Sonnenschein, es bleibt sehr schwül und heiß mit 28 bis 36 Grad.

Aber es sind doch ein paar Wolken dabei, erste Schauer, womöglich schon am Vormittag im Norden.

Im Nachmittag sind dann überall teils kräftige Schauer und Gewitter möglich.

Das Wochenende bleibt im Osten sonnig und heiß mit einzelnen aber kräftigen Gewittern.

Von Vorarlberg bis zum Müllviertel dagegen kühlt es allmählich ab und besonders ganz im Westen gibt es einiges an Regen und auch ein paar Gewitter.

24 Stunden ist es her, seit ein Privatflugzeug zwischen Moskau und St. Petersburg abgestürzt ist, auf dessen Passagierliste Jevgeny Prigoshin gestanden ist, der Chef der Söldner Truppe Wagner.

Für die Anhänger des Söldner Führers ist klar, Prigoshin wurde ermordet, aus Rache für seinen Aufstand gegen das russische Militär vor zwei Monaten.

Offiziell ist der Tod Prigoshins aber bisher nicht bestätigt worden, Christian Leninger berichtet.

Einen Verräter hatte Vladimir Putin Jevgeny Prigoshin vor zwei Monaten genannt und ihm eine harte Strafe für seinen Aufstand angedroht.

Jetzt, nach dem Absturz vom Prigoshins Flugzeug, schweigt der russische Präsident aber, das russische Fernsehpublikum erfährt überhaupt nicht viel, nur, dass Prigoshins Name auf der Passagierliste des abgestürzten Business-Jets stand, dass an den verkohlten Leichen der Passagiere zu Identifikationen und DNA-Tests durchgeführt werden und dass eine Strafuntersuchung eingeleitet wurde.

Ebenfalls an Bord war neben der dreiköpfigen Besatzung und Prigoshin offenbar aber auch der Militärführer der Söldner Truppe Wagner, der Logistikchef und vier weitere Wagnerkämpfer. Die gesamte Wagnerführungsspitze ist also offenbar tot.

Warum?

Viele haben für sich schon eine Erklärung gefunden.

Das Flugzeug hat nicht von selbst abstürzen können, da hat jemand nachgeholfen.

Das war doch zu erwarten, bei dem was Prigoshin getan hat, meint ein Moskauer.

Mord also durch eine Bombe oder Flugabwehrerkeite, die Bestrafung des Verräters im Auftrag Putins, das ist es, was jetzt nicht nur Prigoshins Anhänger vermuten.

Die Handyvideos, die es von einem Absturz gibt, legen jedenfalls nahe, dass das Flugzeug durch eine Explosion in großer Höhe zerstört wurde.

Das glaubt auch ein Augenzeuge.

Ich habe eine Explosion, einen Knall gehört, ich schaue hinauf und sehe weißen Rauch und dass ein Flügel vom Rumpf des Flugzeugs wegfliegt, erzählt der Mann.

So manche sieht darin die gerechte Strafe für Prigoshins Aufstand.

Das war das schlimmste Verbrechen, das man begehen kann, sagt eine junge Frau.

Doch andere legen für Prigoshin Blumen nieder.

Das ist, wie wenn der eigene Vater stirbt.

So ein frühere Wagnerkämpfer, das Land meint auch ein älterer Herr, hat einen Helden verloren.

Die Ukraine feiert heute genau eineinhalb Jahre nach Beginn der russischen Invasion in Unabhängigkeitstag.

Seit Beginn des Krieges ist das Nationalbewusstsein in der Ukraine gestiegen.

Vor 32 Jahren hat sie ihre Unabhängigkeit von der Sowjetunion erklärt.

Präsident Zelenski beschwört die Fortführung des Kampfes gegen die russischen Invasoren, Ernst Kernmeier berichtet.

Am heutigen Unabhängigkeitstag würdig die Ukraine vor allem die Toten im Krieg gegen die russischen Besatzer.

Die Ukraine werde gewinnen, sagt Präsident Volodymyr Zelenski.

Die Unabhängigkeit würden auch künftige Generationen in Freiheit feiern.

Bei russischen Angriffen auf mehrere Städte wurden heute ein Mensch getötet und mindestens 16 verletzt, zehn davon nach einem Raketeneinschlag in einen Busbahnhof in Dnipro.

Der ukrainische Militärgeheimdienst berichtet von einer Operation, die vor allem symbolischen Wert haben durfte.

Ein Spezialkommando soll in den frühen Morgenstunden demnach mit einem Boot auf der besetzten Creme

gelandet sein und kurz eine ukrainische Fahne aufgepflanzt haben.

Videos sollen das untermauern, deren Echtheit kann allerdings nicht überprüft werden.

In Südafrika ist heute das 15. Gipfeltreffen der sogenannten Bricksstaaten zu Ende gegangen, der aus Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika bestehende Kooperationsbund hat dabei die Aufnahme von sechs neuen Mitgliedstaaten bekannt gegeben.

Sie sollen der Gruppe mehr globales Gewicht geben, berichtet David Kriegleder.

Die Staats- und Regierungschefs der Fünfbricksstaaten haben sich auf die erste Erweiterungsrunde geeinigt,

verkündete südafrikanische Präsident und Gipfelgastgeber Cyril Ramaphosa.

Argentinien, Ägypten, Äthiopien, der Iran, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate werden ab 1. Jänner 2024 voll mit jeder sein.

Weitere Beitrittsrunden sollen folgen.

Insgesamt haben rund 40 Länder Interesse an einem Bricksbeitritt signalisiert.

Über die Aufnahmekriterien wurde lange gerungen, weil die Gruppe trotz gemeinsamer Interessen alles andere als einheitlich ist.

Brasilien und Indien wollen keine zu antwestliche Ausrichtung der Bricks-Partnerschaft, wie sie

Russland und China vorstrebt.

Neudele fürchtet zudem eine Vereinnamung der Gruppe durch Beijing, da zwischen den beiden Ländern Spannungen und territoriale Streitigkeiten herrschen.

Die Vergrößerung der Bricks-Gruppe ist historisch.

Sie stärkt die Zusammenarbeit der Entwicklungs- und Schwellenländer für globalen Wohlstand und Frieden,

Sakina Staatschef Xi Jinping, der besonders auf die Erweiterung gedrängt haben soll.

Diese soll dem Staatenblock mehr globales Gewicht verleihen und die Abhängigkeit der Mitglieder vom US-Dollar als globaler Leitwährung reduzieren.

Nach Österreich jetzt.

Integrationsministerin Susanne Raab tritt für eine Leistungspflicht bei Deutschkursen für Zuwanderer ein.

Hintergrund ist, dass vor allem in der Gruppe der Asylsuchenden immer mehr Menschen an Alphabeten sind.

Außerdem ist die Erwerbsquote bei Zugewanderten aus manchen Ländern besonders niedrig.

Das geht aus dem heute präsentierten Migrations- und Integrationsbericht hervor.

Kritik kommt von der Opposition, Peter Daseh berichtet.

Bei Asylsuchenden steigt der Anteil jener Menschen, die nicht lesen und schreiben können.

Der Alphabetisierungsbedarf liegt bei 70 Prozent, erklärt Katharina Pabel vom Integrationsbeirat.

Dieser Anteil hat seit 2019 um die Hälfte zugenommen bei Männern sogar um 80 Prozent.

Diese Kursteilnehmenden mit Alphabetisierungsbedarf konnten zum Teil zur Hälfte weder in ihrer Herkunfts noch in einer anderen Sprache lesen und schreiben.

Unterschiedlich die Lage am Arbeitsmarkt.

EU-Bürgerinnen und Bürger gehen zum Teil öfter einer Erwerbsarbeit nach als der österreichische Durchschnitt.

Dagegen ist die Erwerbsquote niedriger bei Menschen aus einigen Ländern, das ehemalige Jugoslawien, der Türkei, Afghanistan, Syrien und dem Irak.

Integrationsministerin Susanne Raab von der Volkspartei will eine Warte frisst bei der Sozialhilfe und eine Leistungspflicht bei Deutschkursen.

Wenn man in Österreich ist, hat man die Pflicht, Deutsch zu lernen.

Gerade wenn man nichts arbeitet, hat man den Deutschkurs zu absolvieren und alles zu tun, um sein Deutsch zu verbessern.

Kritik kommt von der Opposition.

Neos und Sozialdemokraten sehen die ÖVP selbst verantwortlich für Probleme bei der Integration.

Die Partei sei seit Langem in der Regierung.

Die Freiheitlichen fordern einen Asylstopp.

In vielen Bereichen fehlen die Arbeitskräfte, weshalb es auch zwischen den Bundesländern mittlerweile einen Wettbewerb um sie gibt.

Vor Adelberg hat dazu jetzt mit einer Werbekampagne für Aufsehen gesorgt.

Lehrkräfte erhalten 6.500 Euro Prämie, wenn sie nach Vor Adelberg übersiedeln.

Beworben und plakatiert wurde das in Burgenland und die Werbekampagne dürfte erfolgreich sein, wie Victoria Waldiger berichtet.

Mit einer Prämie von 6.500 Euro und Plakaten in Burgenland versucht Vor Adelberg seit drei Wochen Lehrerinnen und Lehrer anzuwerben.

Und das funktioniert, sagt der Vor Adelberger Bildungsdirektor Heiko Richter. Wir haben aktuell 30 Personen aus anderen Bundesländern, die diese Prämie erhalten. Im Burgenland selber hat man einige wenige Lehrkräfte erreicht. Ich denke, da werden die Zahlen sicherlich steigen. Über die Werbekampagne wurde viel berichtet. Damit hätten sich auch Lehrerinnen und Quereinsteiger aus anderen Bundesländern gemeldet. Aktuell gäbe es also eine leichte Entspannung beim Lehrermangel in Vor Adelberg, sagt Richter. Entwarnung sei das aber noch keine. Die Kampagne will er deshalb auch im kommenden Jahr weiterführen und künftig auch im Ausland für das Unterrichten an Vor Adelbergs Schulen werben. Auch im osteuropäischen Ausland an deutschen Schulen. Also da gibt es hervorragende Lehrkräfte. Ich war jahrelang im internationalen Bildungsbereich tätig, habe dort noch sehr gute Verbindungen. Und da ist ein neuer Aspekt, den ich im Auge habe. In Österreich werde man aber weiterhin nur gezielt in Bundesländern werben, in denen die Lehrstellen bereits besetzt wurden, betont der Vor Adelberger Bildungsdirektor. Mit einem Welcome-Center, das beim Umzug nach Vor Adelberg und bei anderen Fragen hilft, will man dafür sorgen, dass neue Lehrkräfte auch langfristig in Vor Adelberg bleiben. Die aktuell hohen Kreditzinsen beschäftigen vor allem jene, die sie zurückzahlen müssen. Die Banken sind zwar nun bereit, auf Mannsbesen und Verzugszinsen zu verzichten. Im Gegenzucker hoffen sie sich aber auch etwas von der Politik. Sie wollen höhere Gebühren verlangen dürfen, wenn Kreditnehmer einen fix verzinster Kredit vorzeitig zurückzahlen wollen. Mehr von Max Nikols. Zehntausend Euro pro Jahr, soviel dürfen Kreditnehmer mit einem fix verzinster Wohnbaugredit ohne zusätzliche Kosten zurückzahlen, ist die Summe höher, muss dafür eine Penale bezahlt werden, in Höhe von derzeit maximal einem Prozent des vorzeitig zurückgezahlten Betrags. Diese Penale würde die Kosten für die Banken aber nicht decken, sagt Franz Rudorfer, Vertreter der Bankenbranche in der Wirtschaftskammer, die deshalb über eine höhere Penale verhandeln will. Dass die dazu führen könnte, dass noch mehr Menschen einen variablen Wohnbaugredit abschließen, wo in der Regel keine Penale bei einer Sondertilgung fällig wird, klappt Rudorfer nicht. Der variable Kredit war sehr, sehr lange eine günstigere Option als ein fix verzinster Kredit. Die Menschen haben sich hier einiges an Geld erspart, in der Zeit negativer und null zinsen. Etwas anders sieht die Situation Christoph Kirchmeyer, Geschäftsführer des Kreditvermittlers in Fina. Eine höhere Penale sei ein großer Nachteil für die Konsumentinnen und Konsumenten, weil es die Vielfalt an Kreditprodukten einschränken würde und ein Nebeneffekt sei, das noch mehr zu Variablenkrediten greifen könnten. Das war ein Nebeneffekt, dass ja auch das wiederum den Abschluss eines Variablenkredites begünstigen würde. Und daher wäre diese Maßnahme jetzt absolut kontakollektiv.

Wer einen Wohnbaugredit abschließt, der soll sich vorher umfassend informieren, sei Kirchmeyer, das heißt verschiedene Angebote einholen, vergleichen und sich ausführlich beraten lassen.

Die Start-up-Szene gilt als modern und fortschrittlich.

Diesem Bild widerspricht, dass bei jungen, schnell wachsenden Unternehmen weiterhin vor allem Männer mitmischen.

Zumindest wenn es um die Finanzierung geht, Start-ups, die von Frauen gegründet werden, bekommen laut einem Bericht kaum Geld.

Finanzierungen gehen fast zur Gänze an männliche Gründungsteams, wie Fabian Graber berichtet. Investitionen in Start-ups, die Frauen im Gründungsteam haben, bleiben die Ausnahme in Österreich.

Laut einem Bericht der Beratungsfirma Ernstend Young gab es im ersten Halbjahr 2023 nur zwei Finanzierungsrunden für junge, schnell wachsende Unternehmen, deren Führungsteams rein weiblich waren.

Das sind nur etwa 3 Prozent.

Fast 90 Prozent der investierten Summen gingen an Start-ups, die ausschließlich von Männern geführt werden.

Das ist sogar etwas mehr als im ersten Halbjahr letztes Jahr.

Zwar werden mittlerweile mehr Start-ups mit gemischten Führungsteams gegründet.

Laut dem Bericht wird es aber noch Jahre dauern, bis sich das auch bei den Finanzierungen niederschlägt.

Insgesamt haben Start-ups in Österreich im ersten Halbjahr um fast zwei Drittel weniger Geld bekommen

als im ersten Halbjahr 2022.

Wir kommen noch einmal zurück nach Russland, wo immer noch österreichische Unternehmen aktiv sind.

Schrittweise stoßen manche von ihnen Geschäftszweige ab, aktuell betrifft das ein Versicherungsunternehmen.

Die UNICA gibt damit ihr Russland-Geschäft zur Gänze auf, mehr von Paul Sihorch.

Die UNICA-Versicherung und die Reifeisenbank Russland verkaufen die russische Versicherungstochter Reifeisen-Live.

Das Geschäft muss noch behördlich genehmigt werden, über den Kaufpreis wurde stillschweigen vereinbart.

Käufer ist die russische Versicherungsgesellschaft Renaissance-Live.

Die UNICA hält 75 Prozent an Reifeisen-Live und gibt mit dem Verkauf laut eigenen Angaben ihr Russland-Geschäft komplett auf.

Die übrigen 25 Prozent hält die Reifeisenbank International-Tochter Reifeisenbank Russland.

Der Kaufpreis wird gemäß den Anteil gesplittet.

Mit dem viel diskutierten Russland-Geschäft der RBI hat der aktuelle Verkauf nichts zu tun, heißt es auf Anfrage.

Neuigkeiten, wie es damit weitergeht, gibt es nicht.

Die RBI prüfe weiterhin alle Optionen für den Ausstieg.

Aus der Atomruine in Fukushima wird seit heute Kühlwasser ins Meer geleitet.

Der Betreiberkonzern TEPCO hat am frühen Nachmittag japanischer Zeit mit der umstrittenen

Entsorgung begonnen.

Das Wasser ist gefiltert und verdünnt und laut der internationalen Atomenergieagentur für Menschen und Umwelt unbedenklich.

Ernst Kernmeier berichtet.

Die Ventile sind geöffnet, verkündet der Fukushima-Betreiber TEPCO.

Täglich sollen künftig bis zu 500.000 Liter Wasser aus Fukushima in den Ozeaninnen, mindestens 30 Jahre lang.

Seit dem verheerenden Tsunami und der Atomkatastrophe in Fukushima vor mehr als 11 Jahren haben sich dort 1,3 Millionen Tonnen kontaminiertes Wasser angesammelt.

Die Reaktoren müssen gekühlt werden. Speicherplatz für das Kühlwasser wird knapp.

Vor der Einleitung ins Meer werden mit einem speziellen Verfahren die meisten radioaktiven Stoffe herausgefiltert.

Nutrizium bleibt im Wasser.

Allerdings in unbedenklicher Konzentration weit unter den geltenden Grenzwerten, sagen TEPCO, und die in Wien ansässige internationale Atomenergieagentur.

Kritiker beruhigt das nicht. Sie beanstanden, dass es zu wenige Untersuchungen für mögliche Langzeitfolgen gebe.

Ist es nun gefährlich oder unbedenklich, Wasser aus einem havarierten AKW ins Meer zu leiten?

Das Wasser sei gut aufbereitet und außer Trizium sei kein radioaktiver Stoff mehr enthalten, sagt dazu Radiochemiker Georg Steinhauser von der TU Wien.

Heute im Ö1-Mitag-Journal.

Es kommt immer darauf an, wie verdünnt das Ganze ist.

Das ist die einzige Frage, die sich hier stellt.

Wenn es sich tatsächlich nur um Trizium handelt, dann ist der Pazifische Ozean mit seinem gigantischen Volumen

wirklich das beste Reservoir, um das Trizium aufzunehmen und bis unter die Nachweisbarkeit zu verdünnen.

Würden allerdings die Wassermassen weiter an Land gelagert werden,

dann steht natürlich schon zu befürchten, dass in den kommenden Jahrzehnten irgendwann einmal ein Erdbeben zum Beispiel diese Tanks leck werden lässt und dann fließt dieses Wasser ins Grundwasser,

deutlich geringeres Volumen und dann ist das in höheren Konzentrationen tatsächlich nicht unbedenklich.

Also ich halte diese folgensweise eigentlich für ziemlich gut.

Sagt Georg Steinhauser, Professor für angewandte Radiochemie an der TU Wien im Mittag-Journal.

Das ganze Gespräch können Sie über unser Online-Angebot nachhören.

In Griechenland kämpfen die Einsatzkräfte seit Tagen gegen gewaltige Waldbrände,

vor allem im Nordosten des Landes nahe der türkischen Grenze und um die Hauptstadt Athen.

60 Feuerwehrleute wurden bisher verletzt, offenbar sind viele Feuer auf Brandstiftung zurückzuführen.

Durch heftigen Wind sind sie unkontrollierbar geworden, berichtet Verena Sophie Meier.

Schon seit sechs Tagen hinterlassen Feuer im Nordosten Griechenland seine Schneise der Verwüstung.

In den Dörfern sind Häuser und Autos verkohlt und Tiere in den Flammen ums Leben gekommen,

etwa in der Region Efros.

Es war sehr windig, das Feuer ist zuerst zu unserem Haus gekommen und dann zum Nachbarhaus. Das Schönste an unserem Dorf, die Natur, ist verbrannt.

Alles war grün, jetzt ist alles schwarz, sagen zwei Dorfbewohner.

Der starke Wind hat heute etwas nachgelassen, das Ausmaß der Katastrophe ist aber noch nicht absehbar.

In der Nähe von Athen wurden am Vormittag schon wieder Brände gelegt, berichtete aufgebrachte Klimaschutzminister Vasilis Kokillias im Fernsehen.

Das sei nicht nur unzulässig, sondern auch obszön und kriminell, gefährde Wälder, Eigentum und vor allem Menschenleben.

Dann richtete er sich direkt an die Brandstifter.

Sie werden nicht verschont bleiben, wir werden sie finden, sie werden vor Gericht zur Rechenschaft gezogen.

Bei der Bekämpfung der Waldbrände helfen Feuerwehreute und Piloten mit Löschflugzeugen aus mehreren europäischen Staaten.

Der für krisenschutzzuständige EU-Kommissar Lennartschid schreibt auf exform als Twitter von den größten Waldbränden in der Geschichte der EU.

730 Quadratkilometer seien bisher abgebrannt, eine Fläche nicht ganz doppelt so groß wie Wien.

Um die Pflegekosten geht es jetzt.

Deutsche Sozialverbände machen massiv Druck für Verbesserungen in der Pflege, ansonsten drohe der Kollaps.

Konkret verlangen sie etwa eine Pflege, Vollversicherung, die die Kosten zur Gänze abdeckt.

Denn Pflege werde zunehmend zu einem Armutsrisiko, vor allem der Aufenthalt in einem Pflegeheim, sagen die Sozialverbände.

Der Eigenanteil betrage durchschnittlich pro Jahr etwa 30.000 Euro.

Aus Deutschland berichtet Andreas Jörle.

In Deutschland sind mehr als fünf Millionen Menschenpflegebedürftig.

Der Großteil wird zu Hause oder ambulant betreut.

Jede und jeder Sechste ist aber in einem Pflegeheim und das kostet, sagt Ulrich Schneider vom paritätischen Gesamtverband,

denn nur ein geringer Teil wird von der Pflegeversicherung abgedeckt.

Die Kosten, die bei einem Aufenthalt in einem Pflegeheim zu zahlen sind, in ersten zwölf Monaten, sind im Schnitt die Eigenanteile 2700 Euro im Monat.

Ein Bündnis aus Sozialverbänden und Gewerkschaften fordert daher eine Vollversicherung.

Wir wollen eine gesetzliche, solidarische Pflegeversicherung.

Die alle pflegebedingten Kosten übernimmt, egal ob jemand stationär, teilstationär oder eben in den eigenen Verwänden gepflegt wird.

Die Gewerkschafterin Silvia Bühler spricht von einer Pflegegarantie.

Unterstützt wird diese Forderung von mehr als drei Viertel der Deutschen, sagt Ulrich Schneider.

81 Prozent wollen, dass die gesetzliche Pflege vor sich, ob die gesetzliche, alle pflegebedingten Kosten tatsächlich übernimmt.

Das zeige eine aktuelle Umfrage.

Die ganz große Mehrheit der Menschen weiß nicht, was auf sie zukommt, finanziell, wenn sie pflegebedürftig werden, vor allem jungen Menschen.

Und ausschätzen, die Eigenanteile, die in der Pflege zu zahlen, sind ganz erheblich. Es sei höchste Zeit, dass die Regierung den Menschen endlich sieheit gebe, denn wenn nichts geschieht, droht der Kollaps des deutschen Pflegesystems. Die Bade-Saison neigt sich schon fast dem Ende zu und viele Menschen nehmen das zum Anlass, die Haut auf möglicherweise bösartige Veränderungen kontrollieren zu lassen. Seit einigen Jahren gibt es dabei auch Unterstützung durch Hauterkennungs-Apps, die eine hohe Trefferquote bei der Früherkennung von Melanomen und anderen Hautveränderungen versprechen.

Was solche Apps wirklich können, hat sich Robert Chappell angesehen. Die Handykamera auf die verdächtige Hautstelle richten und dann zur Risiko-Bewertung. So oder so ähnlich funktionieren die allermeisten Hauterkennungs-Apps in der Praxis. Christian Posch, Leiter der dermatologischen Abteilung an den klinischen Hitzing und Orterkring, ist diesen Programmen gegenüber durchaus aufgeschlossen, vor allem dann, wenn es darum geht, einen schnellen Check vorzunehmen, weil es bis zum Facharzttermin eben noch ein Weilchen dauert. Und da sozusagen, dieses Experten, der will für eine sehr, sehr spezifische Fragengestaltung an eine Maschine zu delegieren, die einem einen Hinweis geben kann, ist es wirklich, hätte ich so darauf achten muss, oder hat es noch Zeit?

Das ist schon ein ganz ein wichtiger Anwendungsfall.

Einer Satz für den Arztbesuch seien solche Apps freilich nicht betont Posch. Nicht zuletzt, weil diese Programme noch einige recht offensichtliche Begrenzungen aufweisen oder anders gesagt, manchmal muss der Hausverstand den Kontext herstellen und das kann die Maschine bislang nicht.

Der Leiter der Oberstaatsanwaltschaft Wien, Johann Fuchs, ist heute auch in zweiter Instanz vom Oberlandesgericht Innsbruck freigesprochen worden.

Fuchs war Verletzung des Amtsgeheimnisses und Falschaussage vor dem Ibiza-Untersuchungsausschuss

vorgeworfen worden, Barbara Ganzfuß berichtet.

Die Vorwürfe gehen in die Jahre 2020 und 2021 zurück.

Johann Fuchs soll laut Anklage Aktenteile einer Anzeige der Wirtschafts- und Korruptionstaatsanwaltschaft

gegen eine Journalistin an den nach wie vor suspendierten Sektionschef Christian Pilnacek weitergegeben haben.

Und ihm wurde vorgeworfen, später in dieser Sache vor dem Untersuchungsausschuss gelogen zu haben.

Vor einem Jahr ist Johann Fuchs deshalb schuldig gesprochen und zu einer Geldstrafe von 72.000 Euro verurteilt worden.

Das Oberlandesgericht hat diesen Schuldspruch aber aufgehoben, die Kauser wurde neu verhandelt. Es folgte ein Freispruch und heute hat das Oberlandesgericht Innsbruck diesen Freispruch bestätigt.

Unter anderem mit der Begründung, Fuchs habe durch die Aktenweitergabe weder private noch öffentliche Interessen verletzt.

Er selbst hat die Vorwürfe immer zurückgewiesen und sich nicht schuldig bekannt.

Weiter geht es jetzt mit den Meldungen und Paul Kracker.

Auslandspräsident Vladimir Putin bestätigt den Tod des Gründers der Söldner Gruppe Wagner Evgeni Bregage.

Putin hat vor wenigen Minuten mitgeteilt, er sendet Trauergröße an Bregageens Familie.

Die Behörden würden den gestrigen Absturz von Bregageens Flugzeug nach Moskau untersuchen. Das könne einige Zeit dauern.

Putin hatte Bregage nach dem Aufstand seiner Söldner vor zwei Monaten als Verräter bezeichnet, was viele Beobachter als Todesurteil anstufte.

Die Ukraine hält auch von Norwegen F-16-Kampffjets.

Bei einem Besuch in Kiew hat Ministerpräsident Johans Gaur Stöhrer erklärt, die Ukraine brauche dringend mehr militärische Ausrüstung, Raketen und Flugabwehrgeschosse.

Wie viele Kampffjets Norwegen an die Ukraine liefern wird, ist nicht bekannt.

Zuvor haben Dänemark und die Niederlande angekündigt, die Ukraine mit F-16-Kampffjets zu unterstützen.

Die Arbeiterkammer wirft der ÖGK der österreichischen Gesundheitskasse steigende Probleme vor. Im ersten Halbjahr habe die AK fast 130-mal bei der ÖGK intervenieren müssen, was doppelt so viel wie im Vorjahr.

Vor allem zahlt die ÖGK Krankengeld fehlerhaft aus oder verweigere es unbegründet, bemäglich die Arbeiterkammer.

Oft wird man außerdem kranke, aufgefordert binnen weniger Tage, Facharztbefunde vorzulegen, um den Krankenstand zu verlängern.

Kurzfristige Termine bei Fachärzten seien aber nahezu unmöglich zu bekommen.

Die private Westbahn hält ab 4. September nicht mehr in Dreisalzburger Bahnhöfen.

Betroffen sind Straßweichen, Neumarkt am Wallasee und Seekirchen, das gilt für täglich fünf Züge. Die Westbahn teilt mit, die Nachfrage sei gering.

Außerdem hätten viele Langstreckenkunden am Salzburger Hauptbahnhof ihren Zug versäumt, weil die Westbahn wegen der Stationen in Straßweichen, Neumarkt und Seekirchen sechs Minuten früher wegfahren müsse.

Das Gebiet um Glocknitz in Niederösterreich ist erneut von einem Erdbeben schüttet worden.

Es hat eine Stärke von 3,1, das drittstärkste Beben der Serie, die am 30. März begonnen hat.

Das Wetter morgen sehr heiß und überwiegend sonnig und drückend schwül bei 28 bis 36 Grad.

Einzelner Schau eventuell schon am Vormittag im Norten.

Für das Journalteam verabschieden sich Harald Landgraff, Helene Selmann und Monika Feldner-Ziemermann.

Am Wort ist nun Astrid Plank.

Ö1, Journal, Panorama